

BISMILLAHIR-RAHMANIR-RAHIM
Mit dem Namen ALLAHs, Des Allgnade Erweisenden, Des Allgnädigen

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH
Postfach 100545, 35335 Gießen
www.irh-info.de



PRESSEMITTEILUNG

**Kundgebung in Gießen:
„Solidarität mit Global Sumud Flotilla und Gaza“**

**Freitag, 22. Mai 2026
18:30 Uhr
Kirchenplatz Gießen**

Die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen veranstaltet am Freitag, den 22. Mai 2026 auf dem Kirchenplatz in Gießen eine öffentliche Kundgebung unter dem Motto „Solidarität mit Global Sumud Flotilla und Gaza“.

Mit der Kundgebung protestieren wir gegen das völkerrechtswidrige Vorgehen israelischer Streitkräfte gegen die internationale „Global Sumud Flotilla“, deren Schiffe am 18. Mai 2026 in internationalen Gewässern gestoppt wurden. Dabei wurden über 400 Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten aus verschiedenen Ländern, darunter auch aus Deutschland, festgenommen. Unter ihnen befand sich auch Hakan Kaya aus Wetzlar, der bereits bei der ersten Fahrt der Sumud Flotilla im vergangenen Jahr auf dem Weg nach Gaza von israelischen Streitkräften festgenommen worden war.

Die Aktivistinnen und Aktivisten der Global Sumud Flotilla wollten mit ihren friedlichen humanitären Missionen vor allem auf die anhaltende humanitäre Katastrophe im Gazastreifen aufmerksam machen. Ihr Ziel war es insbesondere, ein Zeichen gegen die seit Jahren andauernde Blockade humanitärer Hilfe sowie gegen das Leiden der Zivilbevölkerung in Gaza zu setzen.

Die Lage im Gazastreifen ist weiterhin katastrophal. Fast zwei Millionen Menschen leben unter menschenunwürdigen Bedingungen. Der Zugang zu Nahrung, sauberem Wasser, medizinischer Versorgung und humanitärer Hilfe ist massiv eingeschränkt. Krankheiten breiten sich aus, Infrastruktur, Schulen, Krankenhäuser und landwirtschaftliche Flächen sind weitgehend zerstört. Besonders Kinder, Kranke und Verletzte leiden unter Hunger, Vertreibung und fehlender Versorgung.

Im Gegensatz zu anderen Kriegsgebieten kann die Bevölkerung Gazas nirgendwohin fliehen. Sie ist eingeschlossen und für ihr Überleben vollständig davon abhängig, dass humanitäre Hilfe in den Gazastreifen gelangt. Die seit 2007 bestehende israelische Seeblockade und die fortdauernden Einschränkungen humanitärer Lieferungen verschärfen diese Notlage zusätzlich massiv.

Die Flotilla-Aktivistinnen und -Aktivisten wollten mit ihren Segelboot-Aktionen vor allem verhindern, dass das Leid der Menschen in Gaza in Vergessenheit gerät. Selbst internationale Medien und politische Beobachter betonen inzwischen, dass die militärische Reaktion Israels gegen unbewaffnete zivile Aktivistinnen und Aktivisten die Aufmerksamkeit auf die humanitäre Katastrophe in Gaza eher verstärkt als verhindert hat.

Mit großer Sorge beobachten wir zudem den menschenunwürdigen Umgang israelischer Regierungsvertreter mit den festgenommenen Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten. Weltweit sorgte insbesondere ein öffentlich verbreitetes Video des israelischen Polizeiministers Itamar Ben-Gvir für Empörung, das gefesselte und kniende Aktivisten zeigt, die öffentlich verspottet wurden. Selbst Regierungen und Politiker aus Deutschland, Italien, Griechenland und Israel selbst bezeichneten dieses Verhalten als inakzeptabel und unvereinbar mit grundlegenden Werten der Menschenwürde.

Die spätere Distanzierung einzelner israelischer Regierungsmitglieder kann aus unserer Sicht nicht darüber hinwegtäuschen, dass derartige Vorfälle erneut ein erschreckendes Bild vom Umgang der israelischen Regierung mit Kritikern, Friedensaktivisten und der palästinensischen Bevölkerung vermitteln.

Als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen verurteilen wir das Vorgehen gegen die friedlichen Aktivistinnen und Aktivisten der Flotilla sowie die fortdauernde Behinderung humanitärer Hilfe für Gaza auf das Schärfste.

Mit unserer Kundgebung fordern wir:

- die sofortige Freilassung aller festgenommenen Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten der Global Sumud Flotilla,
- die uneingeschränkte und dauerhafte Zulassung humanitärer Hilfe für die Bevölkerung im Gazastreifen,
- die Aufhebung aller Blockaden, die die Versorgung der Zivilbevölkerung verhindern,
- die konsequente Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte durch Israel,
- ein sofortiges Ende aller Angriffe auf zivile Einrichtungen und die Zivilbevölkerung,
- sowie ein entschlossenes Handeln der Bundesregierung, der Europäischen Union und der internationalen Staatengemeinschaft zur Durchsetzung des Völkerrechts.

Die Bundesregierung darf sich nicht auf bloße Kritik oder symbolische Distanzierungen beschränken. Sie muss ihre bisherige Israel-Politik grundlegend überdenken und sich künftig konsequent für die Einhaltung des Völkerrechts einsetzen.

Dazu gehören aus unserer Sicht insbesondere:

- ein Stopp weiterer Waffenlieferungen an Israel,
- konkrete politische und wirtschaftliche Sanktionen bei fortgesetzten Völkerrechtsverletzungen,
- die Unterstützung internationaler Gerichte und Ermittlungen statt deren politische Behinderung,

- sowie ein aktiver diplomatischer Einsatz für einen dauerhaften Waffenstillstand, den Schutz der Zivilbevölkerung und die Sicherstellung humanitärer Versorgung.

Menschenrechte und Völkerrecht dürfen nicht selektiv gelten. Sie müssen für alle Menschen gleichermaßen geschützt und durchgesetzt werden.

Die Kundgebung versteht sich als friedlicher Aufruf zu Menschlichkeit, Gerechtigkeit, internationaler Solidarität und zur Wahrung des Völkerrechts.

Gießen, 21. Mai 2026

Ramazan Kuruyüz

Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH)